

Hochschulpolitik und Hochschulausgaben aus regionalpolitischer Sicht

I Die Universitätsneugründungen im Wandel der Hochschulpolitik

Die Universitätsneugründungen vor allem der 1960er und 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland – von 1965 bis 1990 wurden im alten Bundesgebiet 29 neue Universitäten geschaffen – und die Restrukturierung der Universitäten in den neuen Bundesländern hatten in aller Regel zwei Ziele: die universitäre Lehr- und Forschungskapazität zu erweitern und die Standortqualität zu verbessern. Die investiven und laufenden Ausgaben des Bundes¹ und der Bundesländer für Universitäten wurden jenseits ihres wissenschaftlich-akademischen Auftrages insbesondere in strukturschwachen Regionen ganz gezielt als ein wirksames Mittel der regionalen Strukturpolitik getätigt. Im Vordergrund des regionalwirtschaftlichen Interesses standen dabei in den 1960er und 1970er Jahren in Westdeutschland neben den direkten Beschäftigungseffekten die Nachfrageeffekte, die im Zuge des universitären Leistungsprozesses direkt und abgeleitet daraus bei der Verausgabung vom Einkommen der Beschäftigten und der Studierenden entstehen. Hinzu kam auf der „Angebotsseite“ vor allem die Rolle als akademische Ausbildungsstätte vor Ort zur Stärkung des Arbeitskräftepotenzials. Auf das Ganze gesehen war das Verständnis der Universitäten als regionaler Wirtschaftsfaktor aus heutiger Sicht allerdings eher gering ausgeprägt. Es bestand – vereinfacht gesagt – eine Koexistenz von Wirtschaft und Wissenschaft; ein gezieltes, aufeinander abgestimmtes Entwicklungskonzept wurde von beiden Seiten nicht systematisch angestrebt. Gleichwohl waren die Beschäftigungs- und Nachfrageeffekte bedeutsam, und sie sind es auch heute noch. Dies ist vielfältig mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen untersucht und belegt worden (vgl. z.B. Schäfer/Leithäuser 1992, Niermann 1996, Oberhofer 1997, Pfähler et al. 1997, Blume/Fromm 1999).

Die Problemlagen und Sichtweisen haben sich in den 1980er und 1990er Jahren geändert. Zum einen ging es nach der Wiedervereinigung Deutschlands darum, in den neuen Bundesländern wettbewerbsfähige Strukturen aufzubauen. Zum anderen verschärfte sich generell der Wettbewerb zwischen den Regionen in Deutschland und in Europa im Zuge des globalen Standort Wettbewerbs. Im Vordergrund dieses Wettbewerbs steht heute als strategischer Entwicklungsfaktor die Fähigkeit einer Region, neues Wissen und daraus

¹ Die Bundesländer hatten Ende der 1960er Jahre mit einer Grundgesetzänderung dem Bund Hochschulrechte eingeräumt, da der im internationalen Vergleich dringend notwendige Ausbau der Universitäten ihre finanziellen Möglichkeiten überstieg. Der Universitätsaus- und -neubau wurde zur Gemeinschaftsaufgabe ebenso wie die Bildungsplanung und die Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

Innovationen zu generieren. Im Kontext dieses regionalen Innovationswettbewerbs hat eine Umbewertung der Universitäten als Standortfaktor stattgefunden: Sie werden verstärkt als Orte gesehen, die einerseits im Zuge der Aus- oder Weiterbildung der Region gut ausgebildete Arbeitskräfte als eine notwendige Voraussetzung für die Initiierung und Umsetzung innovativer Prozesse zur Verfügung stellen – und die andererseits in regionalen Netzwerken als Wissensquelle für Neuerungen der (regionalen) Wirtschaft und Gesellschaft fungieren. Wichtig unter regionalwirtschaftlichen Vorzeichen ist damit nicht der „Leistungsprozess“, sondern das „Leistungsergebnis“ der Universitäten, insbesondere auf der Forschungsseite, sowie der Gedanke der gezielten Verwertung der neuen Erkenntnisse durch Wissenstransfer in den „außeruniversitären Raum“. Die Wissensbereitstellung vor Ort hat dabei eine besondere Bedeutung insofern erfahren, als die Verbreitung des neuen Wissens besonders wirksam zunächst durch regionale Netzstrukturen erfolgt, die Region hieraus also im Sinne eines „Erstschlages“ tendenziell Wettbewerbsvorsprünge erzielen kann (für einen aktuellen Literaturüberblick siehe Döring/Schnellenbach 2006). Voraussetzung dafür ist allerdings die Organisation eines effektiven Wissenstransfers in die regionale Wirtschaft und die Bereitschaft der beteiligten Akteure zur Schaffung eines „innovativen Milieus“ vor Ort. Den Universitäten fällt in diesem Zusammenhang neben dem traditionellen Forschungs- und Bildungsauftrag die neue Aufgabe zu, ihr Wissenspotenzial so aufzubereiten, dass für interessierte anwendungsbezogene Nutzer ein Zugang zu diesem Potenzial möglich ist. Das setzt sowohl den Aufbau einer qualifizierten institutionellen Transferstruktur in den Hochschulen voraus als auch den Willen, sich als Wissenschaftseinrichtung in regionale Netzwerkstrukturen einzubringen.

Eine Universität, die sich in diesem Sinne in besonderer Weise als Innovationsmotor der Regionalentwicklung versteht, kann ihre Aufgaben als öffentliche Hochschule nur bei entsprechender Ausstattung und Förderung durch das Land und den Bund durchführen. In diesem Zusammenhang ist ab etwa der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auf durchgreifende effizienz begründete Veränderungen in den Hochschulsystemen hinzuweisen, die von grundlegenden Auswirkungen auf die Finanzierungs- und Fördersysteme des Hochschulsektors begleitet werden. Diese nachfolgend angesprochenen Veränderungen sind mit räumlichen Implikationen verbunden, die den ausgleichsorientierten Regionalzielen in Deutschland zuwiderlaufen – so die zentrale Hypothese dieses Beitrags. Jüngstes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, die eine Tendenz erkennen lässt, traditionell forschungs- und finanzstarke Universitäten – i. d. R. mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor Ort gut vernetzt – deutlich zu begünstigen und die sich gerade in der Forschung auf verschiedenen Feldern profilierenden jüngeren Hochschulen in West- und Ostdeutschland auszusparen.

Die effizienzorientierte Wende in der Hochschulpolitik und komplementär der Hochschulfinanzierung und -förderung lässt sich insbesondere durch folgende Merkmale und Entwicklungen kennzeichnen:

- Aus dem Wettbewerbsparadigma abgeleitet, bekommt die Sicherstellung von Hochschulautonomie eine konstitutive Bedeutung für das Hochschulsystem, eingebettet in einen allgemeinen Prozess der Deregulierung und der Verstärkung föderaler Strukturen im Wissenschaftssektor in Deutschland. Systemisch erfolgt – vereinfacht gesagt – ein Übergang von der staatlichen Verwaltung der Hochschule zur Steuerung autonomer Hochschulen durch Kontraktmanagement und Finanzanreize und –belohnungen.
- Gleichfalls dem Leitbild des Wettbewerbs folgend, wandeln sich die Hochschulfinanzierungssysteme von inputorientierter Planungsunterlegung zu indikatorengestützter Outputorientierung des Finanzaufflusses im Rahmen von Globalbudgets und Förderprogrammen. Das Ergebnis ist eine gewollte stärkere Ausdifferenzierung des Hochschulsystems, also eine Abkehr vom Leitbild einer relativ gleichen Versorgung mit Wissenschaftsangeboten im Raum, wie es zuvor für das deutsche Hochschulsystem unter dem Paradigma einheitlicher Lebensverhältnisse typisch war.
- Im Zuge der notwendigen Outputmessung findet implizit ein Bedeutungszuwachs der Technik- und Naturwissenschaften sowie der medizinischen Forschung statt, vor allem aufgrund der kürzerfristig belegbaren, größeren wirtschaftlichen Verwertungsnahe und damit verbunden der größeren Drittmittelrelevanz. Diese Tendenz korrespondiert mit der politischen Setzung, den privaten Sektor auf breiter Ebene stärker an der Finanzierung der Bildung und der grundsätzlichen Forschung zu beteiligen (Studienbeiträge, Stiftungsprofessuren usw.).
- Die zuvor im deutschen Wissenschaftssystem dominante Förderung des Einzelforschers bzw. der Individualforschung wird spürbar ergänzt – teilweise sogar abgelöst – durch Förderprogramme für Universitäten als ganze Institutionen oder für größere Forschungsverbände verschiedenster Akteure (z.B. zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen). Dabei spielen Größe und „kritische Massen“ eine wichtige Rolle für die Erhöhung der Einwerbungschancen von öffentlichen Fördermitteln ebenso wie traditionelle Forschungserfolge und das Aufsetzen auf längerfristig laufende Vorarbeiten in tradierten Feldern.

II Wettbewerbsverzerrungen für die neu gegründeten Universitäten in strukturschwachen Räumen

Diese effizienzbegründeten Entwicklungen definieren neue Regeln der Partizipation der einzelnen Universitäten an der staatlichen Ressourcenverteilung für das Wissenschaftssystem, die insbesondere den neu oder wieder gegründeten Hochschulen in den strukturschwachen Räumen in West- und Ostdeutschland aufgrund ihrer spezifischen Merkmale systematisch schlechtere Chancen im Einwerbungswettbewerb einräumen – so unsere zweite Hypothese. Dies wird bislang in der Politik allenfalls am Rande thematisiert, bringt aber angesichts offensichtlicher Wettbewerbsverzerrungen voraussichtlich Effizienzverluste des Gesamtsystems der Wissenschaft mit sich, und ist zumindest kontraproduktiv für die ausgleichsorientierte Regionalpolitik.

Worin liegen die wettbewerbsbeeinträchtigenden Besonderheiten der neu oder wieder gegründeten Universitäten in den strukturschwachen Regionen?

1. Die neu gegründeten Universitäten wurden i. d. R. nicht so ausgebaut, wie es bei ihrer Einrichtung konzeptionell vorgesehen war. Dies hatte zwei Folgen: Zum einen traf die Kürzungswelle im Hochschulsektor in den 1990er Jahren in Westdeutschland diese jungen Hochschulen in besonderer Weise, hatten sie doch keine Reserven bilden können, die sie im Zuge der allgemeinen Rückführung der Finanzmittel als sog. „Effizienzreserve“ folgenarm nutzen konnten. Das verschärfte in besonderer Weise die Finanzknappheit und begrenzte die Entwicklungsmöglichkeiten. Zum anderen wurde damit von vornherein entweder die Breite des Fächerspektrums begrenzt – und damit der interdisziplinäre Baukasten zum Aufbau zukunftsorientierter Problemlösungskompetenz; oder bei breiterem Fächerspektrum erreichte die fächerweise Ausstattung jeweils nur untere Grenzen im Sinne gängiger Ausstattungsstandards an Professoren- und Mitarbeiterstellen. Letzteres hat im heute vorherrschenden Vergabemodus von Wissenschaftsförderung spürbar nachteilige Folgen. In der Exzellenzinitiative etwa, wie z. B. auch bei Sonderforschungsbereichen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, herrscht nämlich das Ortsprinzip bei der Mittelvergabe vor². Das bedeutet, dass viele der neu gegründeten oder restrukturierten Hochschulen die notwendige Größe von disziplinären Forschungsverbänden nicht erreichen (können). Stärker interdisziplinär aufgestellte Verbände stellen und stellen hier auch heute noch keine gleichwertige Alternative dar, werden sie doch nach wie vor in den Evaluierungsverfahren des Einwerbungswettbewerbs nicht gleich behandelt (s. u.).

Hinzu kommt ein massiv erschwerender Faktor – die historisch gewachsene

² Ausnahmen sind hier die sog. Transregion.

ungleiche Verteilung von außeruniversitären Forschungsinstitutionen im Raum. Das Fehlen von solchen Institutionen, die eng mit den Universitäten kooperieren und damit deren wissenschaftliche und infrastrukturelle Basis ergänzen und vergrößern können, führt gerade in den wirtschaftlich strukturschwächeren Räumen beim Einwerben von qualifizierten Drittmitteln zu Ergebnissen, die nicht unbedingt nur die Forschungsstärke einzelner Universitäten³, sondern eher die des regionalen wissenschaftlichen Clusters widerspiegeln. Das Ortsprinzip der Förderung und damit die „Erschwernis“ überregionaler Kooperationen verstärken noch einmal die ohnehin vorhandenen Wettbewerbsverzerrungen, die aus der ungleichen Verteilung der außeruniversitären Forschungsinstitutionen im Raum resultieren. Einzelne Universitäten ohne entsprechendes Umfeld haben deshalb von vornherein deutlich schlechtere Chancen, an der Forschungsförderung zu partizipieren. Und diese Universitäten liegen verstärkt in strukturschwächeren Räumen.

2. Ein weiterer Tatbestand erschwert den jüngeren Universitäten die Möglichkeit der Einwerbung von Forschungsgeldern für derzeit in der Förderkulisse präferierte größere Forschungsverbünde: die i. d. R. notwendige Komplementärfinanzierung der Grundausrüstung. Viele der jüngeren Hochschulen können solche Grundausrüstungen nur in begrenztem Umfang finanzieren, sind also schon von der Eigenfinanzierung her bei der Einwerbung von Fördergeldern restringiert.
3. Die neu gegründeten Universitäten wurden i. d. R. konzeptionell so aufgestellt, dass sie dem Leitbild einer modernen Universität genügen. Modern bedeutet nach gängigem Verständnis dabei vor allem:
 - interdisziplinäre Forschung,
 - interdisziplinäre (konsekutive) Lehrangebote,
 - Praxisorientierung der Ausbildung,
 - Wissenstransfer als universitäre Aufgaben, abgeleitet aus grundlagenorientierter Forschung.

Paradoxerweise erwies und erweist sich diese „Modernität“ aktuell nicht per se als Vorteil.

- So findet die Evaluierung von Forschungsanträgen – ungeachtet der immer wieder geäußerten Überzeugung, dass der wissenschaftliche Fortschritt verstärkt an den Rändern der Disziplinen stattfindet, also interdisziplinäre

³ Etliche Vergleiche zeigen, dass die Produktivität vieler junger Hochschulen (etwa gemessen an Drittmitteln pro Wissenschaftler) absolut konkurrenzfähig ist.

Lösungen verlangt – nach wie vor vor allem auf disziplinärer Ebene statt. Das wird vermutlich auch noch eine gewisse Zeit so bleiben, weil auch der Wissenschaftler- und damit der Gutachtertyp gegenwärtig immer noch hauptsächlich disziplinär geprägt ist und nicht interdisziplinär im Sinne von „Grenzgängern“.

- Interdisziplinäre Lehrangebote, zumal in der konsekutiven BA/MA-Struktur, gelten als modern, da sie aus den Problemlösungsanforderungen der Arbeitswelt abgeleitet wurden. Gleichwohl scheint es hier einen time-lag beim Niederschlag dieser Erkenntnis in der konkreten Personalauswahl bei den Betrieben zu geben. Nur allmählich findet das interdisziplinäre Profil auf breiter Ebene die kapazitätsauslastende Nachfrage. Gleiches gilt für die konsekutive BA-/MA-Struktur der Ausbildung⁴.
- Praxisorientierung in der Ausbildung wird allenthalben gefordert. Sie steht aber in einem Spannungsverhältnis zu der gleichzeitig gewünschten generellen Problemlösungskompetenz, wie sie eher dem forschenden Wissenschaftler zugesprochen wird. So gesehen verschaffen explizit praxisorientierte Lehrangebote in den jüngeren Universitäten für die Absolventen keineswegs per se Vorteile auf dem Arbeitsmarkt.
- Schließlich breitet sich immer mehr die Erkenntnis aus, dass Wissenstransfer in die Wirtschaft und den außeruniversitären Raum als vierte universitäre Aufgabe absolut notwendig ist und professionell organisiert werden muss – in den universitären Finanzierungssystemen hat sich dies jedoch noch nicht spürbar niedergeschlagen. Und auch die Bereitschaft der privaten Wirtschaft zur Förderung von Universitätsforschung als Ausgangspunkt eines nachhaltigen Wissenstransfers mit andauernden Innovationsschüben steckt noch in den Kinderschuhen.

Aufs Ganze gesehen erweisen sich die typischen „Modernitätsmerkmale“ von neu gegründeten Universitäten zumindest kürzerfristig nicht uneingeschränkt als Vorteil. Dies gilt auch deshalb, weil die meisten dieser Merkmale in den Rankings der Universitäten keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen.

4. Als relativ neu für das Hochschulsystem ist eine Entwicklung einzuschätzen, nach der gerade auf Landesebene die Ressourcenverteilung auf die einzelnen Hochschulen immer stärker politischen Logiken und Gewichtungen folgt. Gute wissenschaftliche Erfolge oder gute wissenschaftliche Chancen und Entwicklungskonzepte einzelner

⁴ Diese war an der Reformuniversität Kassel sogar von Anbeginn an konstitutiv für das Lehrprofil.

Hochschulen ziehen nicht automatisch die finanzielle Alimentierung durch das Land nach sich. Hinzu treten muss häufig eine entsprechende politische Unterstützung, oft quer über alle Parteien des Standortes. Eine ganze Reihe der neu gegründeten Universitäten liegen aber in Regionen, die aufgrund ihrer Strukturschwäche im politischen Kräftefeld eher zu den politisch schwächeren gehören – mit den absehbaren Konsequenzen für die Mittelverteilung an die Hochschulen im Raum.

5. Auch unter den Universitäten in Deutschland selbst findet neben dem wissenschaftlichen Wettbewerb mehr oder minder verdeckt ein politisch ausgetragener Verteilungskampf statt, etwa wenn es um Ausgestaltung von nationalen Förderprogrammen geht. Aktuell steht hier z. B. die Frage der Fortführung der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder im Raum. Je nachdem, wieweit es einzelnen Hochschulgruppierungen gelingt, der Politik Leitbilder für die Entwicklung des deutschen Universitätssystems nahe zu bringen, profitieren diese Hochschulgruppierungen davon mehr als andere.
6. Schließlich haben die jüngeren Universitäten i. d. R. ungünstigere Ausgangsvoraussetzungen, wenn es um die Einwerbung von Sponsorengeldern des Privatsektors („Fund Raising“) geht. Traditionshochschulen weisen dagegen meist einen spürbaren Fundus an historisch gewachsenen Stiftungen auf wie generell gilt: bekannte Namen begünstigen das Fund Raising spürbar.

III Das empirische Bild: Universitäten in strukturschwache Räumen erhalten weniger

Zusammengefasst lautet die zentrale Hypothese dieses Beitrags: Die Entwicklungen in der Hochschulpolitik der letzten Jahre führen dazu, dass neu gegründete oder restrukturierte Universitäten in West- und Ostdeutschland aufgrund ihrer spezifischen Merkmale in der Ressourcenausstattung relativ schlechter gestellt werden⁵. Im Folgenden soll diese Hypothese mit erster empirischer Evidenz angereichert werden. Grundlage sind die Statistiken der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für die Zeiträume 1991-1995 (DFG 1997) und 2000-2004 (DFG 2006) sowie ausgewählte Statistiken des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR) für die Jahre 1993 und 2002.

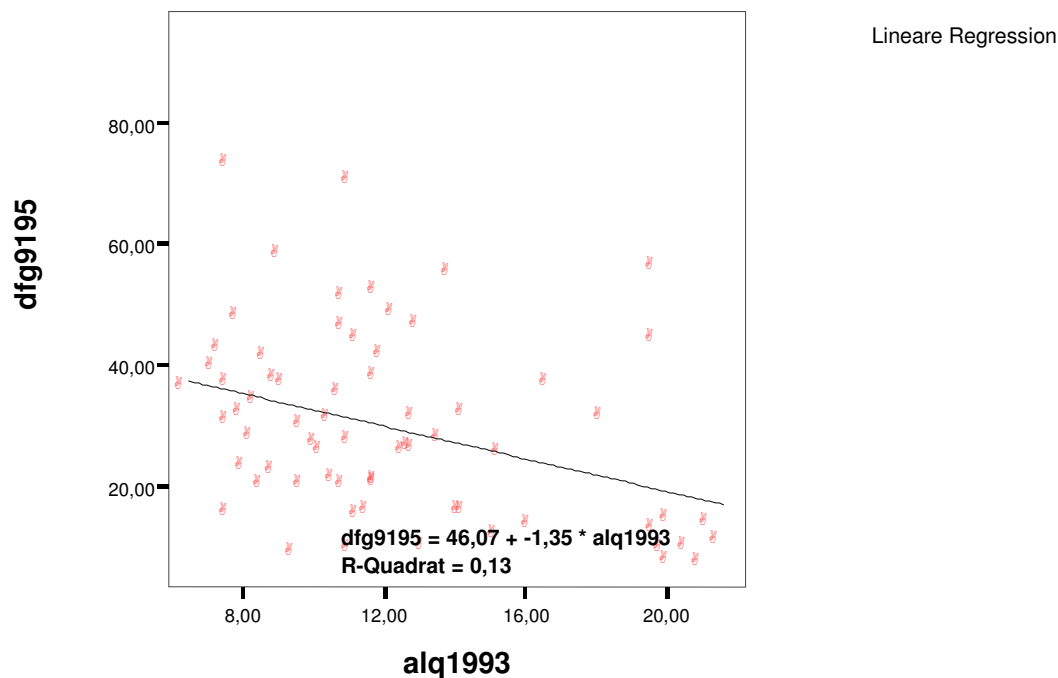
⁵ Diese Tendenzaussage schließt nicht aus, dass in einzelnen Fällen spezielle Standortfaktoren (z.B. eine besondere geographische oder kulturelle Attraktivität oder eine Ausnahmestellung in Stadtstaaten) eine positive Entwicklung einzelner Hochschulen besonders fördern. Das schließt weiterhin nicht aus, dass einzelne Universitäten als stärker autonom handelnde Einheiten, gleichgültig in welchen Räumen sie sich befinden, für eine gewisse Zeit gut oder schlecht "gemanagt" werden können, so dass hochschulendogene Faktoren die Entwicklung der einzelnen Universität wesentlich mitbestimmen. Der Wettbewerb befördert aber mittelfristig eine eindeutige Tendenz zur Qualifizierung der Hochschulleitungen auf breiter Ebene, womit dann zugleich ein Durchschlagen der finanziellen Begünstigungen verbunden ist.

Untersuchungsgegenstand sind die 75 Arbeitsmarktregionen in Deutschland mit einer Hochschule,

- die 2002 bis 2004 insgesamt mehr als 0,5 Millionen Euro DFG-Bewilligungen erhalten haben,
- an denen im Jahr 2003 zwanzig und mehr Professoren (Vollzeitäquivalente) hauptberuflich tätig waren
- und für die durchgängig DFG-Statistiken verfügbar sind.

Wie Abbildung 1 zeigt, war der Zusammenhang zwischen der Strukturschwäche einer Hochschulregion (gemessen an der Arbeitslosenquote im Jahr 1993) und den eingeworbenen DFG-Mitteln je Wissenschaftler (in 1000 Euro im Durchschnitt der Jahre 1991-1995) in der ersten Hälfte der 1990er noch kaum ausgeprägt.

Abb.1: Eingeworbene DFG-Mittel in TSD Euro je Wissenschaftler (Durchschnitt der Jahre 1991-1995) und regionale Arbeitslosenquote (1993), n=75 Hochschulregionen



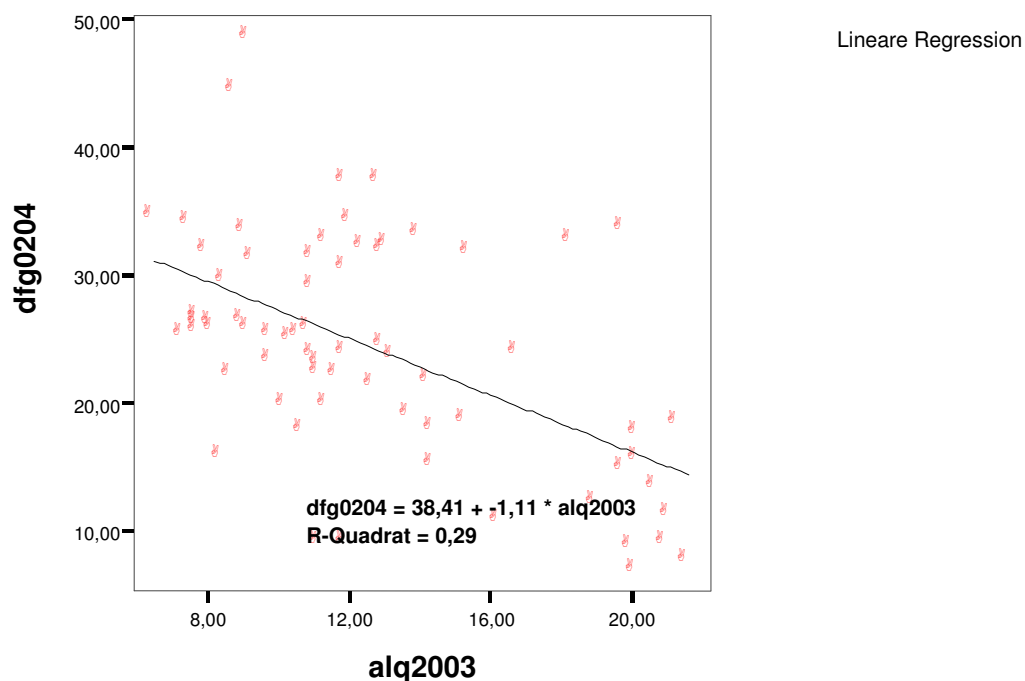
Die Neigung der Regressionsgerade im Streudiagramm zwischen DFG-Mitteln je Wissenschaftler (dfg9195) und Arbeitslosenquote (alq1993) deutet zwar an, dass in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit tendenziell weniger DFG-Mittel eingeworben wurden als in Regionen mit niedriger Arbeitslosigkeit; dieser Zusammenhang ist aber statistisch nicht signifikant. Das Bild ändert sich nicht, wenn auf die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen

an Stelle der Arbeitslosenquote als Indikator für die wirtschaftliche Prosperität einer Region abgestellt wird.

Für exakt das gleiche Sample von Hochschulregionen hat sich dieser Zusammenhang dann innerhalb von rund zehn Jahren sichtbar verstärkt. Obwohl die Veränderungen bei der Verteilung der eingeworbenen DFG-Mittel der Jahre 2002-2004 in Mio. Euro (Durchschnitt pro Jahr) und der Jahre 1991-1995 in Mio. Euro (Durchschnitt pro Jahr) zwischen den Hochschulen auf den ersten Blick nicht allzu stark voneinander abweichen ($R^2 = 0,89$), so zeigt sich doch strukturell eine klar erkennbare Tendenz zugunsten der westdeutschen Traditionsuniversitäten in prosperierenden Arbeitsmarktregionen.

Die negative Korrelation zwischen den DFG-Mitteln je Wissenschaftler in 1000 Euro im Durchschnitt der Jahre 2000-2004 (dfg0204) und der Arbeitslosenquote des Jahres 2003 (alq2003) ist nun auf einem 95prozentigen Niveau signifikant und die Regressionsgerade ist deutlich stärker geneigt (Abbildung 2).

Abb. 2: Eingeworbenen DFG-Mittel in TSD Euro je Wissenschaftler (Durchschnitt der Jahre 2002-2004) und regionale Arbeitslosenquote (2003), n=75 Hochschulregionen



Bei den Hochschulregionen im ersten Quadranten (d.h. also mit niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Drittmitteln) handelt es sich ausnahmslos um Traditionsuniversitäten im alten Bundesgebiet, bei den Hochschulregionen im vierten Quadranten (d.h. also mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Drittmitteln) ausnahmslos um Neugründungen aus den 1970er

Jahren und ostdeutsche Hochschulen. Ein vergleichbares Bild zeigt sich, wenn auf die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen an Stelle der Arbeitslosenquote als Indikator für die wirtschaftliche Prosperität abgestellt wird.

Eine mögliche Erklärung für diese Veränderungen zwischen beiden Abbildungen wurde im theoretischen Teil ausgeführt: Der Paradigmenwechsel in der Hochschulpolitik hin zum Wettbewerbsmodell seit Mitte der 1990er Jahre und die effizienzbegündete Veränderung der Finanzierungs- und Förderkulisse begünstigen tendenziell die westdeutschen Traditionsuniversitäten in wirtschaftsstarken Regionen bei der Einwerbung von Mitteln. Sollte dieser Befund auch in weiteren Untersuchungen (unter Einbeziehung alternativer Erklärungsansätze) Bestand haben, so ist das Ergebnis alles andere als trivial. Denn: Erfolgt die Mittelverteilung in erster Linie weiter nach dem Kriterium vergangenheitsbezogener wissenschaftlicher Exzellenz im Rahmen des Ortsprinzips, so sind Pfadabhängigkeiten zugunsten dieses Hochschultypus die Folge, wie sie sich selbst in dem eher kurzen Betrachtungszeitraum von nur zehn Jahren schon heute abzeichnen scheinen.

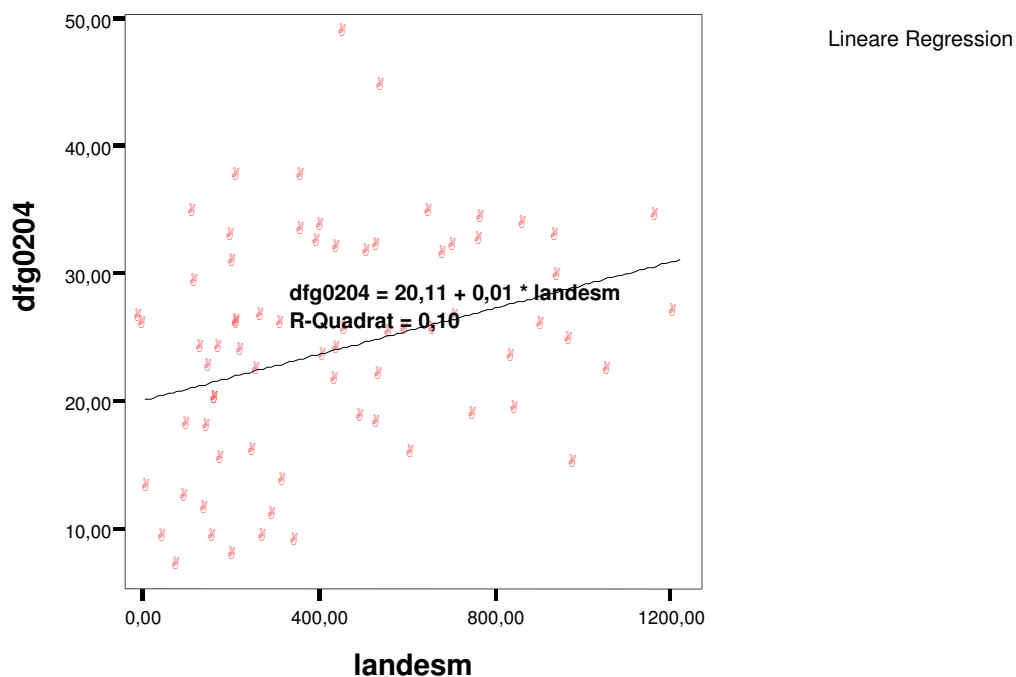
Da die traditionellen Universitäten im Durchschnitt größer sind als die neu gegründeten oder restrukturierten Universitäten, unterscheiden sich die absoluten Beträge, die in beide Typen von Hochschulregionen aus der Einwerbung von DFG-Mitteln fließen, noch deutlicher als die Mittel je Wissenschaftler. Zudem stehen die betrachteten DFG-Mittel nur stellvertretend für die Drittmiteleinwerbungen insgesamt. Der Korrelationskoeffizient zwischen eingeworbenen DFG-Mitteln und Drittmitteln insgesamt (nach Abgrenzung der DFG) liegt bei 0,90. Es ist also davon auszugehen, dass die Traditionshochschulen in strukturstarken Regionen nicht nur bei der Einwerbung von DFG-Mitteln erfolgreicher sind als andere Universitäten, sondern auch bei den Drittmiteleinwerbungen insgesamt. Im Durchschnitt der hier betrachteten 75 Hochschulen sind dies rund 12 Prozent der Gesamteinnahmen der Jahre 2001 bis 2003 in Höhe von ca. 80 Mrd. Euro.

Wie Abbildung 3 zeigt, wirkt die Verteilung der laufenden Grundmittel durch die Länder⁶ gegenwärtig noch nicht verstärkend in die gleiche Richtung. Der Korrelationskoeffizient zwischen den DFG-Mitteln je Wissenschaftler in 1000 Euro im Durchschnitt der Jahre 2000-2004 (dfg0204) und der Zuweisung an laufenden Grundmittel in Mio. Euro der Jahre 2001 bis 2003 (landesm) liegt bei nur 0,10 und ist statistisch nicht signifikant. Nichtsdestotrotz deuten das positive Vorzeichen des Koeffizienten und die Neigung der Regressionsgeraden

⁶ Die Angaben sind dem DFG-Förderranking 2006 entnommen (DFG 2006), das eine Unterteilung der Hochschulhaushalte durch das Statistische Bundesamt in Laufende Ausgaben, Verwaltungseinnahmen, Drittmiteleinahmen und Laufende Grundmittel aufgreift. Die laufenden Grundmittel der Jahre 2001 bis 2003 haben danach im Durchschnitt der hier betrachteten 75 Hochschulen einen Anteil von 53 Prozent an den Gesamteinnahmen, die verbleibenden Einnahmen sind zu 35 Prozent Verwaltungseinnahmen der Hochschulen selbst sowie zu 12 Prozent Drittmiteleinahmen (wobei diese Anteile zwischen den einzelnen Hochschulen stark variieren können).

an, dass hier in Zukunft eine komplementäre Beziehung entstehen könnte. Schon jetzt gehen mehr und mehr Länder dazu über, auch Teile der laufenden Grundfinanzierung nach dem Kriterium der wissenschaftlichen Exzellenz zu verteilen. In Hessen lässt sich dies beispielsweise am Kriterium eingeworbener Drittmittel im System der leistungsorientierten Mittelzuweisung (LOMZ) festmachen (als ein Kriterium unter vielen mit bisher nur geringem Gewicht) und an Sonderprogrammen wie der Exzellenzinitiative LOEWE. Werden diese Elemente zukünftig verstärkt, so könnte der ausgleichende Effekt, der gegenwärtig noch von der laufenden Grundfinanzierung ausgeht, in sein Gegenteil verkehrt werden.

Abb. 3: Eingeworbene DFG-Mittel in TSD Euro je Wissenschaftler (Durchschnitt der Jahre 2002-2004) und laufende Grundmittel in Mio. Euro (2001-2003), n=75 Hochschulregionen



IV Folgerungen für die Hochschulförderung aus der Sicht der ausgleichsorientierten Regionalpolitik

Die ausgleichsorientierte Regionalpolitik des Bundes und der Länder ist gut beraten, wenn sie ihre Stimme in die Diskussion über die Entwicklung der Hochschullandschaft in Deutschland einbringt und das Feld nicht allein der effizienzbegründeten Bildungs- und Forschungspolitik überlässt, zumal hier angesichts der geschilderten Wettbewerbsverzerrungen auch unter dem Allokationsziel prinzipieller Diskussionsbedarf angemeldet werden muss.

Vielmehr müssen im Zuge regionaler Wirtschaftspolitik die Möglichkeiten genutzt werden, die besonderen Kompetenzen der Universitäten in abseits von Agglomeration gelegenen Räumen zu nutzen, um regionale Wissens- und Innovationsmilieus auszubilden. Das gilt im Übrigen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Europa. Die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin, Danuta Hübner, betonte kürzlich (Kulturpolitik Nr. 38, 2007, 17. Sept. 2007 – Aktuelles), Forschungseinrichtungen in Europa seien bislang sehr ungleich verteilt. Dadurch blieben Wachstumschancen in vielen Gegenden ungenutzt. „Wir können es uns als Union nicht erlauben, Forschung nur in einigen wenigen Regionen zu fördern“, sagte sie. Es müsse eine bessere Balance zwischen der Förderung bestehender Zentren und der Förderung wirtschaftsschwacher Regionen gefunden werden. Wie schnell ehemals wirtschaftsschwache Gebiete aufholen könnten, zeige das Beispiel Irland.

Literaturverzeichnis

Blume, L., Fromm, O. (1999): Regionale Ausgabeneffekte von Hochschulen. In: Raumforschung und Raumordnung 57/5-6, S. 418-431.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, verschiedene Ausgaben.

Deutsche Forschungsgemeinschaft (1997): Bewilligungen nach Hochschulen, Bewilligungsvolumen 1991 bis 1995, Anzahl kooperativer Projekte im Jahr 1996.

Deutsche Forschungsgemeinschaft (2006): Förder-Ranking 2006, Institutionen – Regionen – Netzwerke, DFG-Bewilligungen und weitere Basisdaten öffentlich geförderter Forschung.

Döring, T., Schnellenbach, J. (2006): What Do We Know about Geographical Knowledge Spillovers and Regional Growth? – A Survey of the Literature. In: Regional Studies 40, S. 375-395.

Niermann, U. (1996): Wirtschaftsfaktor Universität. Eine Input-Output-orientierte Analyse am Beispiel der Universität Bielefeld. Münster.

Oberhofer, W. (1997): Die Universität als Wirtschaftsfaktor. In: J. Möller und W. Oberhofer (Hrsg.): Universität und Region: Studium, Struktur, Standort. Regensburg, S. 95-132

Pfähler, W., Clermont, C., Gabriel, C., Hofmann, U. (1997): Bildung und Wissenschaft als Wirtschafts- und Standortfaktor. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Hamburger Hochschulbildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Baden-Baden.

Schäfer, H., Leithäuser G. (1992): Die wirtschaftliche Bedeutung der Universität Bremen für die Region. Institut für Konjunktur und Strukturforschung der Universität Bremen. Bremen.